



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 896 890

P/XVII/107 - 22. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Gewaltloser Machtkampf</u> Spanien bricht auf nach Europa	43
2 - 3	<u>Von der Spree zum Mekong</u> Verlagerung der Krisenherde, aber unveränderte Politik der Grossmächte Von unserem Korrespondenten in den USA	95
4	<u>Moralische Abrüstung</u> Feststellungen des Internationalen Presse-Instituts	19
4	<u>"Alle Bundestagsfraktionen"</u> Eine notwendige Richtigstellung	24
5	<u>Leuchtturm auf künstlicher Insel</u> Das gewagteste Bauunternehmen in der Bundesrepublik	32
6	<u>Offenes Ohr genügt nicht</u> Der Bundeskanzler und die Kaffee- und Teesteuer	31

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Gewaltloser Machtkampf

Spanien bricht auf nach Europa

sp - Die nun schon einige Wochen anhaltende Streikbewegung in Spanien entwickelt sich trotz massiver Drohungen der Staatsführung einerseits und trotz vorsichtiger Vermittlungsverhandlungen andererseits zu einem gewaltlosen Machtkampf gegen die Diktatur. Sechs oppositionelle Untergrundgruppen Spaniens - von der Linken bis zur Rechten - haben jetzt in einem Manifest die "demokratische Umformung Spaniens in jeglicher Weise" gefordert und die Bevölkerung aufgerufen, durch friedliche Demonstrationen ihre Sympathie mit den streikenden Arbeitern zu bekunden.

Gewiss ist der Streik zunächst als Protest gegen jahrelange Unterdrückung und scharlose Ausbeutung entstanden. Doch wird jetzt deutlich, dass sich im spanischen Volke Kräfte regen, die in der gegenwärtigen Franco-Diktatur ein Hindernis auf dem Wege zum sozialen Frieden und zur Integration Spaniens in ein freies Europa erblicken. Deshalb haben auch die meisten Gewerkschaften in aller Welt die spanische Streikbewegung begrüsst. Die Sozialistische Partei Spaniens im Exil, Mitglied der Sozialistischen Internationale, hat sich als stärkste und kampferprobteste Oppositionsgruppe an die Seite der streikenden Arbeiter gestellt.

Franco hat natürlich versucht, die Streikbewegung als "kommunistisches Manöver" darzustellen. Er wollte damit wohl die reaktionären Kräfte Westeuropas davon abhalten, den streikenden spanischen Arbeitern Sympathie zu bekunden. Dieses Ablenkungsmanöver Francos ist missglückt, seitdem besonders der niedere Klerus der katholischen Kirche offen von den Kanzeln herunter zur Solidarität mit den Streikenden aufruft. Gerade jetzt zeichnet sich in der katholischen Kirche in Spanien eine gewiss schon seit langem vorhandene Spannung zwischen dem niederen und dem oberen Klerus ab.

Während in Madrid und in anderen grossen Städten des Landes Erzbischöfe und Bischöfe schweigen oder gar durch unmissverständliche Gesten Franco und sein Regime stützen, lässt sich der niedere Klerus nicht vom Volk und besonders nicht von den streikenden Arbeitern trennen. In Bilbao zum Beispiel wurden zwei Priester, die den Streikenden Mut zugesprochen hatten, erst dann festgesetzt, nachdem der Erzbischof seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Der Bischof hatte sich geweigert, gegen die beiden Priester vorzugehen. Die unteren Polizeibehörden Bilbaos wagten von sich aus nicht, die Priester zu verhaften, denn nach einem Gesetz darf ein Priester erst dann ins Gefängnis gebracht werden, wenn die kirchlichen Behörden dem Staat dazu die Erlaubnis gegeben haben ...

Der gewaltlose Machtkampf der spanischen Arbeiter, unterstützt von den freiheitlichen Kräften des spanischen Volkes, kann gerade in der gegenwärtigen Situation den notwendigen Integrationsprozess des freien Europa fördern. Deshalb verdient dieser Kampf die volle Unterstützung und Sympathie aller, für die Europa nicht nur eine Addition europäischer Regierungen ist.

Von der Spree zum Mekong

Von unserem Korrespondenten in den USA

Washington, Mitte Mai

Die Ereignisse der zweiten Maiwoche, in der die königlichen laotischen Streitkräfte der (konservativen) Landesregierung von den kommunistischen Guerillatruppen des Pathet Lao schwer geschlagen wurden, woraufhin Präsident Kennedy erst ein Geschwader seiner Siebten Pazifikflotte mit einem Kontingent Marinefusilliere vor die Küsten der hinduindischen Halbinsel beorderte und dann in dicht aufeinanderfolgenden Wellen 5000 Mann zum Schutze von Siam (Thailand) an der Küste dieses verbündeten Staates landen ließ, haben in mehrfacher Hinsicht das Weltbild erheblich verändert. Die Ereignisse von Laos und Siam lassen sich heute, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht in allen Auswirkungen übersehen, weil die Ereignisse noch viel zu sehr im Fluss sind; aber dass sie ein neues Kapitel zeitgenössischer Geschichte eröffnet haben, lässt sich wohl schon mit ziemlicher Sicherheit sagen.

Ablenkung von "Adenauerkrise"

Erstens ist dadurch die Aufmerksamkeit und das Interesse der Welt von Berlin und der auf der Berlinfrage beruhenden "Adenauerkrise" in den amerikanisch-deutschen Beziehungen abgelenkt worden. Das ist bestimmt für die direkt Beteiligten nur gut: denn an eine Reparatur der angeschlagenen Beziehungen zwischen Bonn und Washington lässt sich nur denken, wenn die unglaublich krassen Zwischenfälle und Ausfälle, die aus der sachlichen Meinungsverschiedenheit über die Zugangskommission eine reguläre hitzige Krise machten, vorübergehend eine Weile in das wohl-tuende Dunkel des Vergessens gehüllt werden können, bis sich die Gemüter abgekühlt haben. Sachlich ist von Abkühlung und Atempause noch keine echte Verbesserung zu erwarten, - aber die Zeit kann in diesem Fall wohl die Wunde nur heilen und nicht noch weiter aufreißen. Schliesslich haben Rusk und Dobrynin, als sie sich Mitte Mai erneut am Konferenztisch gegenüber sasssen, mehr über Laos gesprochen als über Berlin - und auch das ist ein Vorteil.

Über die sachlichen Differenzen in der Stellungnahme zu Kennedys Berlinplan kann man verschiedener Ansicht sein, und man mag die unstrittigen Details des Planes akzeptieren oder ablehnen, - das ist eine Frage der subjektiven Lagebeurteilung. Die meisten Amerikaner denken freilich, dass unabhängig von seiner sachlichen Kritik an dem Plan die Art und Weise, wie Adenauer vorging und den Graben zwischen sich und Washington aufriß und seinen eigenen Aussenminister blostellte, bedauerlich viel Porzellan zerschlagen habe. Sachlich sind die Amerikaner ja auch nunmehr bereit, ihren Plan zu revidieren, - wobei natürlich sich dann das große Fragezeichen erhebt, ob es damit nicht für Moskau noch weniger akzeptabel wird als man bisher schon anzunehmen Anlass hatte.

Washingtoner-Erwartungen

Aber es weht in Washington zur Zeit ein einigermaßen zuversichtlicher Wind. Es wird allgemein unterstellt, dass Moskau zur Zeit nicht an neuen Krisen und Zuspitzungen interessiert sei, - und es gibt sogar eine gelegentlich vorgetragene neue Theorie, der zufolge der Kreml in der Frage der Zusammensetzung und Kompetenzen der künftigen internati-

sonaler Zugangskommission mit einem Scheinerfolg zufrieden sein werde, weil er sich zu weit vorgewagt habe und jetzt einen halbwegs "das Gesicht wahrenden" Ausweg suche. Deshalb werde das State Department eine neue Internationalisierungsformel ausarbeiten, die pro forma den Moskauer Wünschen entspricht, aber die in Sachen der Aufgaben und Zuständigkeiten der Kommission faktisch alles beim alten belassen wird, so dass vor allem die Freiheit des Passagierverkehrs von und nach Berlin in keiner Weise gestört werde.

Das klingt zu schön, um wahr zu sein, - aber vielleicht ist diese Perspektive doch nicht ganz so naiv wie man auf den ersten Blick denken könnte. Denn nun ist ja die Krise in Laos offen ausgebrochen, - und Washington hat durch seine Truppenentsendungen nach Siam bewiesen, dass es nicht kapitulationswillig ist, wenn es auch nach wie vor eine politische und nicht eine militärische Lösung der Krise sucht und auf diese Weise die Sowjetunion davon zu überzeugen sucht, dass es auch für Moskau angeraten wäre, das gleiche zu tun. Und oh Wunder: Moskau hat - von einem mittelmässig-erzosten Leitartikel in "Prawda" abgesehen - so reagiert, als ob es in der Tat ebenso denkt wie Washington und als ob es in der Tat die Vorstösse seiner rot-chinesischen und rot-vietnamesischen Freunde missbilligt. Die amerikanische Regierung wünscht Koalitionsregierung unter Savannah Pouvah und Innehaltung der im vorigen Jahr vereinbarten Waffenstillstandslinie, die die kommunistische Guerillas soeben gebrochen haben, - und Moskau sagt, dass es das gleiche will.

Sichtbare Entspannungstendenzen

Das kann eine Akkumulation von Märchen und Lügen sein, - aber es ist doch auffällig, dass die sowjetische Politik im Augenblick sowohl an der Spree als auch am Mekong leise und behutsam auftritt, Krisenherde aus dem Weg räumt und gleichsam dem amerikanischen Präsidenten gefällig zu sein sucht. Sie dürfte dabei ihre Hintergedanken haben und eines Tages ihre Gegenrechnung präsentieren: aber in Washington besteht eine deutliche Genugtuung darüber, dass Präsident Kennedys Politik, unelastisch starr und stark zur Verteidigung bereit zu sein und das durch notwendige Truppenaufmärsche zu demonstrieren (eben an der Spree wie am Mekong) und gleichzeitig elastisch und undogmatisch diplomatische Lösungsformeln zu suchen, sich augenscheinlich und im Augenblick als richtig bewährt.

Wahrscheinlich ist die Ursache dieser neuesten Entspannungstendenzen in irgendwelchen schwachen Punkten in der sowjetischen Rechnung zu suchen. Welcher Art diese sind, ist heute in Washington ein beliebtes Rätselraten. Hat man Angst, dass im Falle weiterer Zuspitzungen die NMEC-Streitkräfte doch noch ihre eigene unabhängige Atom-Stosskraft erhalten? Oder sieht man besorgt einem internen Zerfall des kommunistischen Regimes entgegen, das im Augenblick gar nicht so phantastisch fernliegend aussieht, angesichts der offenen Massenflucht von Zehntausenden von Chinesen nach Hongkong und der zunehmenden Zuversicht und Selbstsicherheit im Lager Tschiang-Kai-Scheks auf Formosa? Vorstellbarerweise weigern sich die Russland- und Ostasienexperten der amerikanischen Regierung, die Zukunft gar zu sehr durch rosa-rot gefärbten Brillen zu sehen: aber die erwähnten Symptome werden doch als Unterstützung der bekannten Theorie Präsident Kennedys angesehen, dass "die Zeit für uns arbeitet, und nicht für die Kommunisten".

* + *

Moralische Abrüstung

F.K. - Ein bemerkenswertes Beispiel für die vielfachen, glücklicherweise meist vergeblichen, Versuche, die Pressefreiheit mit wirtschaftlichen Zwangsmitteln zu beeinflussen, liefert eine umfangreiche Untersuchung des Internationalen Presse-Instituts, die soeben auf dem in Paris durchgeführten I.P.I.-Kongress der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

In Neu-Seeland hat die sogenannte "Bewegung für Moralische Aufrüstung" eine grössere Zeitung zwingen wollen, politische Probleme in einem der "Moralischen Aufrüstung" genehmen Sinne zu behandeln.

Als Druckmittel für diese politisch-moralische Beeinflussung benutzte die "Moralische Aufrüstung" einen grösseren Druckauftrag, den sie dem Zeitungsverlag gegeben hatte.

Der Verlag hat sich selbstverständlich geweigert, diesem unmoralischen Ansinnen zu entsprechen ... so wie das jede Zeitung tun wird, die ihre Aufgabe, dem Leser - und nur ihm - zu dienen, ernst nimmt.

Bezeichnend aber für den Un-Geist und die mangelnde Moralität der sogenannten "Moralischen Aufrüstung" ist dieser Vorfall, der deshalb nicht weniger abtossend wirkt, weil er sich auf der anderen Seite des Erdballs abgespielt hat.

+ + +

"Alle Bundestagsfraktionen"

sp - Regierung und alle Bundestagsfraktionen haben in der Beamtensoldungsfrage versagt, so glaubte der Geschäftsführer des Bezirksverbandes Kiel des Deutschen Postverbandes in einem Schreiben feststellen zu können, das er allen Bundestagsabgeordneten von Schleswig-Holstein zuschickte. Er forderte die Abgeordneten auf, "ihr Verhalten kritisch zu untersuchen und zu prüfen, ob sie ihre in den Wahlkreisen abgegebenen Versprechungen ... gehalten haben".

Auf dieses ungewöhnliche Schreiben, das bekannte Tatsachen unbeachtet liess und in falsch verstandener sogenannter politischer Neutralität unobjektiv verallgemeinerte, hat der Abgeordnete Detlef Haase (Kellinghusen), der der Fraktion der SPD angehört, in einem deutlichen Brief geantwortet: Die Behauptungen trafen einfach nicht zu. Die SPD im Bundestag habe sich, so schreibt Haase, "zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für eine gerechte Beamtensoldung unter Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung eingesetzt". Haase verweist auf die Forderung nach dem Weihnachtsgeld für Beamte, die von der SPD seit Jahren gestellt wird und auch 1961 wieder erhoben, vor der Mehrheit des Bundestages aber abgelehnt wurde. "Versagt und insofern ihre Pflichten nicht erfüllt haben die Mitglieder der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP", schreibt Haase, die alle Anträge, die von der SPD zur Verbesserung des Beamtensoldungsrechts allgemein und insbesondere der Beamtensoldung gestellt wurden, abgelehnt haben. Es sollten also keine falschen Vorstellungen über die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber den Beamten aufkommen, so schliesst der Brief, in dem Haase seine Empörung nicht verschweigt.

+ + +

Leuchtturm auf künstlicher Insel

kn. - In der letzten Woche begann dort, wo die Ostsee in die Flensburger Außenförde übergeht, das wohl interessanteste und gewagteste Bauunternehmen, das im Bundesgebiet durchgeführt wird. Mitten im Meer sind hier nämlich Spezialarbeiter auf einer künstlichen Insel dabei, den ersten deutschen Leuchtturm zu bauen, der in diesem Fall das Feuerschiff Flensburg ablösen soll.

Eine 20 x 30 Meter große Hubinsel wurde von den bundeseigenen Kiewer Howaldtswerken auf den sogenannten Kalkgrund, einer Sandbank am Ausgang der Flensburger Förde, geschleppt, und diese Hubinsel hatte noch einen 110 Tonnen schweren Betonklotz geladen, der 6,5 Meter im Durchmesser mißt und acht Meter hoch ist. Als die Hubinsel ihre vier mächtigen Teleskop-Füße in das fünf Meter tiefe Wasser versenkt hatte und sich daran selbst einige Meter über die Wasserfläche hochdrücken konnte, begannen die 24 Spezialisten damit, den Betonklotz, das Fundament des neuen Leuchtturms, ins Wasser zu versenken.

In den nächsten Wochen sollen nun durch das Leuchtturmfundament 24 Stahlbetonpfähle rund 30 Meter tief in den Ostseegrund gerammt werden. Durch diese Methode hofft man, daß der neue Leuchtturm allen Stürmen standhalten wird. Der Turm selbst soll bis zum nächsten Sommer fertiggestellt sein. Bis dahin werden die Seeleute auf dem nahen Feuerschiff Flensburg zuschauen können, wie sozusagen ihre Aufgabe durch ein Bauwerk der modernen Technik übernommen wird.

Ein einziger Leuchtturmwärter nämlich, für den an der nahen Küste ein besonderes Haus gebaut wird, soll den neuen Leuchtturm von einem Schaltpult aus elektronisch steuern. Die 14köpfige Besatzung des Feuerschiffes wird dann nicht mehr den wochenlangen einsamen Törn durchzuhalten haben.

Bis zur Fertigstellung des neuen Turms aber werden die 24 Arbeiter auf der Hubinsel noch alle Hände voll zu tun haben. Ihre Wohnräume, Werkstätten und Küche sind auf der Hubinsel untergebracht. Ein kleines Motorboot stellt die Verbindung zur Außenwelt da. Es bringt regelmäßig Post und Lebensmittel - wenn das Wetter es erlaubt.

"Offenes Ohr" genügt nicht

sp - Spricht ein Minister der Bundesregierung mit Ministern und Geschäftsleuten aus Kaffee und Tee produzierenden Ländern, besonders wenn diese in Lateinamerika liegen, dann läuft ihm leicht die Zunge über. Er gibt sich aufgeschlossen und zugetan den Argumenten, Wünschen und Begehren seiner Gesprächspartner. Immer wieder taucht bei solcher Begegnungen das Thema der leidigen Kaffee- und Teesteuer in der Bundesrepublik auf. Sie ist die höchste in Europa. Für die Kaffee produzierenden Länder ist sie mehr als nur ein Stein des Ärgernisses. Wer, wie Brasilien, auf die Kaffeeausfuhr als Haupteinnahme angewiesen ist, den trifft diese Steuer besonders schwer. Am Auf und Ab des Kaffeeexports lässt sich der Pegelstand der brasilianischen Wirtschaft ablesen.

Anlässlich seines letzten Besuches in den Vereinigten Staaten hatte Bundeswirtschaftsminister Erhard in einer in die Bundesrepublik ausgestrahlten Fernsehsendung den lateinamerikanischen Ländern versprochen, sich zu Hause für eine Senkung, wenn nicht gar Abschaffung der Kaffeesteuer einzusetzen. Das war ein Wort, sogar das Wort eines gewichtigen Ministers. Nach einer upi-Meldung vom 21. Mai fand der brasilianische Außenminister mit dem klingvollen Namen Santiago Dantas - er weilte kürzlich in der Bundesrepublik - auch bei Bundeskanzler Adenauer für seine Kaffeeünsche ein offenes Ohr. Was gilt jedoch schon das Wort des Bundeswirtschaftsministers und das Ohr seines immer noch amtierenden Vorgesetzten Adenauer? B e i d e liessen sich bei der Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag, die Kaffee- und Teesteuer um die Hälfte zu senken, nicht im Bundestag sehen, und es ist auch nicht bekannt, dass sie sich in ihrer Fraktion für das einsetzten, was sie im Gespräch mit lateinamerikanischen Politikern befürworteten.

So etwas nennt man Schaumschlägerei. In kleineren Bereichen mag sie noch erträglich sein, aber auf die Beziehungen mit anderen Staaten übertragen wirkt sie mehr als peinlich. Leere Versprechungen sind schlimmer als gar keine, ganz abgesehen davon, dass darunter auch unsere Glaub- und Kreditwürdigkeit leidet.